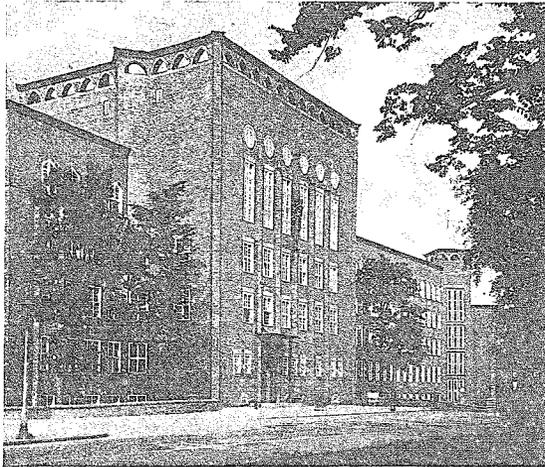


Der Neubau der Chemnitz'er Industrieschule

Bereits im Jahre 1924 war von der Stadt Chemnitz zur Vereinheitlichung des Knabenberufsausbildungswesens die Vereinigung der bisherigen drei Knabenberufsschulen in einem einzigen Gebäude beschlossen worden. Nach diesem Beschluß hat die Stadt Chemnitz vom Städtischen Hochbauamt nach Entwürfen des Architekten Wagner-Pollrock, Chemnitz, auf dem Gelände des alten Johannisfriedhofes in den Jahren 1924 bis 28 ein Monumentalgebäude unter einem Kostenaufwand von 4650 000 RM. errichten lassen.

Das Gebäude liegt an der Zieschestr. Das dem Hauptingang gegenüberliegende, zum Saal führende Haupttreppenhaus befindet sich in 60 Meter Abstand von dem zweiten Treppenhaus an der Ecke der Zieschestr. und in 30 Meter Abstand von dem weitesten Punkt des Gebäudes an der Theresenstr. Somit wurde in knappster Form die Forderung des Baugesetzes erfüllt. Das Treppenhaus an der Zieschestr. erhielt einen oberen Ausgang nach der begehrten Dachterrasse des niedrigen Ostflügels, die sog. Freituffklasse.



Industrieschule Chemnitz, Hauptansicht

Arch. BDA, Amtsbaurat Wagner-Pollrock, Chemnitz

Die neue Industrieschule ist ein 125 Meter langer, fünfstöckiger Klinkerbau von klarer Gliederung. Für ein großes öffentliches Gebäude wurden in Chemnitz bei diesem Bau erstmalig hartgebrannte, farbig unregelmäßige Klinker verwendet. Man wählte den Dreistern-Klinker der Fa. Arnold in Dreistan bei Bautzen, dazu Einzelteile wie Simse, Pfeilerabdeckungen, Plastiken u. s. f. aus glasierter dunkelbrauner Terrakotta aus den Siegersdorfer Werken in Schlesien. Das Dach, als Pultdach mit flacher Neigung nach dem Hof, erhielt, da es in der äußeren Erscheinung nicht mit-spricht, eine einfache Kiestelbedeckung über niedrigem Drempl. Die Gliederung des Neubaus wurde vom Architekten aus den Verhältnissen des Platzes entwickelt. Die Hauptfront an der verlängerten Annenstraße zeigt nach der Zieschestr. zu starkes Gefälle. An eine am höchsten Punkt der Hauptfront sich bildende platzartige Straßenerweiterung wurde der Haupteingang und gleichzeitig als Zentrale des gesamten Baukörpers der Saalbau mit Haupttreppe, Direktions- und Verwaltungsräumen gelegt. Links und rechts, nach Ziesche- und Theresenstr. zu, erhielt die Hauptfront zwei kürzere und niedrigere Flügelbauten. Ein turmartiges Treppenhaus an der Wendung zur Zieschestr. gibt die Ueberleitung von der Hauptfront zu diesem Flügel, während der Theresenflügel stumpf auf das Hauptgebäude stößt. Der Saalbau ist am höchsten und schließt mit einer offenen Bogenreihe des Gebäudes nach oben ab, ähnlich wie der Treppenturm und der End-

Der Begrenzung des Baugrundstückes halber und aus Ersparnisgründen sind die Flure zweiseitig mit Klassenzimmern belegt; sie erhielten Koppflitz und einige lichtgebende Stichflure. Die sich unter dem Saal in jedem Stockwerk hinziehenden Wandelhallen werden durch marmorinkrustierte Säulen getragen und sind durch je einen Marmorbrunnen geschmückt. Alle Klassenzimmer und Flure erhielten eine schülterhohe Bespannung mit Ruffen, der, angeleimt und mit Oelfarbe bestrichen, die Wände vor Beschädigung schützt und das Abbröckeln des Putzes verhindert. Hallen und Treppen tragen keramische Verkleidungen und gelbe Kacheln, auch sind in beiden Treppenhäusern die Handläufe keramisch ausgebildet. Das Maß der Klassengröße von 7 mal 11 Meter, welches sich aus der Benutzung jedes Klassenzimmers zu Zeichenzwecken ergibt, liegt dem gesamten Bau zugrunde; aus ihm entwickelten sich alle übrigen Maße. So beträgt die Größe des Saales das Vierfache, also 14 mal 22 Meter. Jede Klasse ist mit Abdunkelungsvorrichtungen und Wasseranlage versehen. Den Saal erhellen sechs große Laugfenster mit abgemattetem Glas, über denen sich sechs Kreisfenster in gleicher Breite befinden. In Höhe der unteren Fenster besteht die Wandbekleidung aus einfachen Kiefernsperrholzplatten. Die zur Befestigung dieser Platten dienenden vernickelten Schrauben geben interessante, hier und da im Saal aufleuchtende Lichtpunkte. Der oberhalb der Holzbekleidung weiß gehaltene Saal trägt eine schwach blau geriefelte Stuckdecke, die besonders zu der vorzüg-

lichen Akustik des Saales beiträgt. Die weißen, durchbrochenen Holzgitter vor den Kreisfenstern, hinter welchen die Dunkelvorhänge hinabgleiten, und die silberfarbenen Leuchter an Decke und Wänden stehen in einem eigenartigen Gegensatz zu der flächig geradlinigen Haltung der Wände. Jedes Lehrzimmer ist mit Lichtbildeinrichtungen ausgestattet. Um Vorführungen technischer Filme vor einer größeren Anzahl Zuschauer zu ermöglichen, wurde ein

100 Personen fassendes Kinozimmer eingerichtet und neben dem 500 Personen aufnehmenden Saal eine Theatemaschine untergebracht. Eine Verstärkeranlage gestattet die Uebertragung der Vorträge und musikalischen Veranstaltungen im Saal und die Sendungen des deutschen Rundfunks nach allen Räumen der Schule. Den einzigen künstlerischen Schmuck der Fassade des Industrie-schulgebäudes bildet eine keramische Außenplastik: „Der gefesselte Deutsche“. Diese Monumentalfigur in einer Länge von 6 Meter wurde von dem Chemnitzer Bildhauer Heinrich Brenner entworfen und in den Sickersdorfer Werken in Ton gebrannt. Die Figur versinnbildlicht den Gedanken: gefesselt, aber mutig und ungebunden in die Zukunft schauend. Das neue Gebäude wurde am 15. Oktober seiner Bestimmung übergeben. Bl.

Die deutsche Bauwirtschaft an der Jahreswende 1928/29

Ein Rückblick und Ausblick

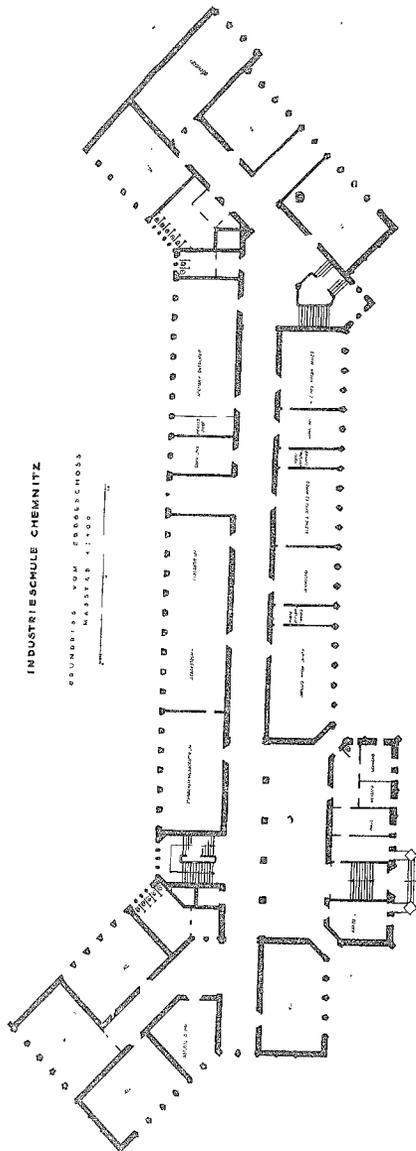
Von Dr. Roland Schupp, München

Die Jahreswende ist wie kein sonstiges Ereignis im Arbeits-trübel des Alltags so geeignet, innere Einkchr zu halten und rück-schauend mit kritischem Auge alles das zu überfliegen, was die letzte Vergangenheit jedem Einzelnen und der gesamten Bauwirt-schaft an Erfolgen, Erfahrungen und nicht zuletzt auch an Miß-erfolgen gebracht hat. Zu gleicher Zeit gilt es aber auch Vorschau zu halten, was das neue Wirtschaftsjahr für Geschäftsaussichten bringt, denn schon regen sich allerorts wieder fleißige Hände, um Vorbereitungen für die neue Bau-saison 1929 zu treffen.

Das Geschäftsjahr 1928 war für die meisten Wirtschaftszweige des deutschen Bau- und Baustoffgewerbes ein ausgesprochenes Sorgenjahr, denn die während des ganzen Jahres herrschenden schwierigen Baumarktverhältnisse brachten vor allem den mittleren und kleineren Unternehmungen ein hartes Ringen um Arbeit und Verdienst. Zu dieser in den meisten Produktionszweigen des Bau-haupt- und -nebgewerbes nur wenig befriedigenden Geschäfts-gestaltung trugen vielerlei Momente bei, deren klare Erkenntnis nicht nur für das Verständnis der Gegenwart, sondern auch für die Beurteilung der künftigen Geschäftsmöglichkeiten von allergrößtem Wert sind. Im Nachstehenden sei daher der Versuch unternommen, die wichtigsten Ereignisse des abgelaufenen Jahres, die auf die Geschäftsgestaltung am Baumarkt von Einfluß waren, im Zu-sammenhang einer kritischen Betrachtung zu unterziehen.

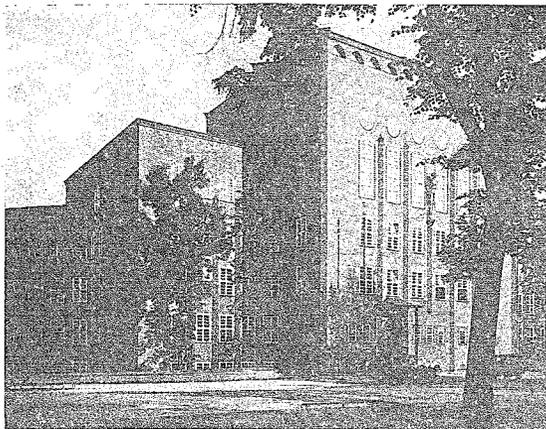
Zur Kennzeichnung der Gesamtwirtschaftsentwicklung in Deutsch-land in dem abgelaufenen Geschäftsjahr darf einleitend zu-nächst kurz darauf hingewiesen werden, daß der nach der ge-schäftlichen Hochspannung des Jahres 1927 im Januar 1928 ein-setzende Konjunkturrückgang nach den Untersuchungsergebnissen des Berliner Konjunkturforschungsinstitutes mit geringen Saison-schwankungen während des ganzen Jahres anhält. Die auf allen Gebieten eingetretene Preissteigerung führte gleichzeitig zu einer erheblichen Verringerung der Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten und damit zu einer Verringerung der konsumtechnischen Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarktes.

Gleich dem Vorjahre haben sich auch im Jahre 1928 die Er-wartungen auf eine durchgreifende Baumarktbelebung nur zum Teil erfüllt. Das gilt insbesondere für den Wohnungsbaumarkt, der in dem Berichtsjahr in den verschiedenen Bezirken des Reiches im Zeichen einer sehr uneinheitlichen und teilweise sogar völlig unzureichenden Entwicklung stand. Schon in den ersten Monaten des Jahres 1928 spitzten sich die Geschäftsverhältnisse auf dem Wohnungsbaumarkt in sehr kritischer Weise zu. In allzu großem Vertrauen auf die Besserung der Kapitalmarktverhältnisse und in völliger Überschätzung der durch die Vermehrung des Hauszins-steueraufkommens für den Wohnungsbau verfügbaren Finanzmittel waren im Herbst des Jahres 1927 noch eine große Zahl von Woh-nungsneubauten ohne genügende Sicherstellung der Zwischen-kredtabdeckung in Angriff genommen worden. Da durch den frühen Kälteeinfall zu Ende 1927 jedoch die Weiterführung und Fertigstellung dieser Bauten unterbunden wurde, wurde in das Ge-schäftsjahr 1928 ein sehr großer Bestand von im Vorjahre be-gonnenen und unvollendet gebliebenen Bauten übernommen, der dem Baugewerbe zwar eine verhältnismäßig günstige Winter-



INDUSTRIESCHULE CHEMNITZ

GRUNDRISS VOM ERBAUSCHLOSS
MÄSSSTAB 1:1000

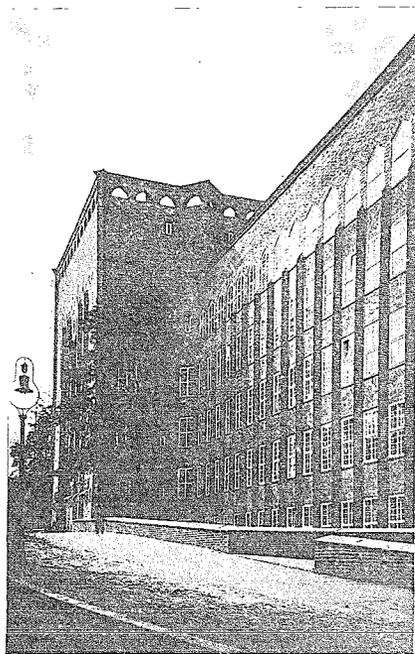


Industrieschule Chemnitz

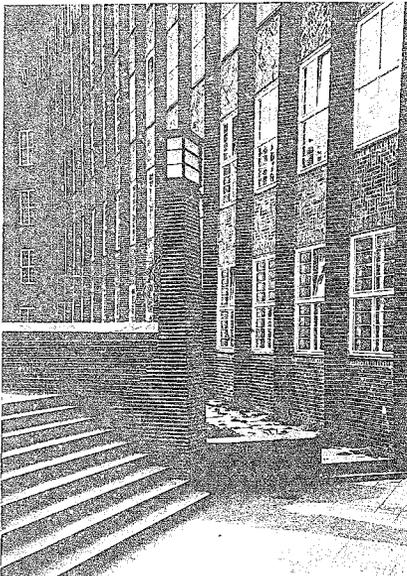
Terrassenflügel und Südrisalit

beschäftigung sicherte, aber andererseits die finanziellen Vorbereitungen für das Wohnungsbauprogramm 1928 schwer beeinträchtigte. So erfreulich an und für sich die Tatsache des im Jahre 1927 erzielten Wohnungsbaurekords von 307 000 Wohnungen ist — vergleichsweise stellte sich die Wohnungsauproduktion im Jahre 1926 auf 200 000 Wohnungen und im Jahre 1925 auf 192 000 Wol-

nungen — so darf hierbei doch nicht unberücksichtigt bleiben, daß von den für die Durchführung dieses Wohnungsbauprogramms benötigten 3,2 Milliarden RM. etwa 700 Mill. RM. im Vorgriff auf erst künftig freierwendende Mittel verwendet wurden. Als Folge dieses Konsolidierungsrückstandes ergab sich somit zwangsläufig, daß das Wohnungsbau-Finanzierungsprogramm 1928 mit kurzfristigen, also ablösungsbedürftigen Zwischenkrediten in dieser Höhe vorbelastet war, ehe noch die eigentliche Neuproduktion in Angriff genommen wurde. Dieser Umstand erfüllte die mit der Wohnungsbaufinanzierung beialteten Regierungskreise, sowie die Banken und die Bauwirtschaft mit ernster Sorge, denn wenn es auch normalerweise üblich ist, die letzte Quote der endgültigen Baufinanzierung in der Zeit nach Jahresultimo zu erledigen, so überschritt der Betrag dieser „eingetragenen“ Bauzwischenkredite doch bei weitem die zu Anfang des Jahres vorhandenen langfristigen Kapitalabdeckungsmöglichkeiten. Wenn auch die Lage am Pfandbrief- und Hypothekenmarkt in den Frühjahrsmonaten 1928 verhältnismäßig günstig war, da das zu Jahresende 1927 freigewordene Anlagekapital bei der rückgängigen Industriekonjunktur den kurze Zeit vorher herabgesetzten Prozentsätzen Pfandbriefemissionen ein erhöhtes Interesse zuwandte, so wurden diese bei den Hypothekenbanken und Realkreditinstituten eingehenden Finanzmittel doch völlig für die Abdeckung des vorgenannten Konsolidierungsrückstandes aufgebraucht. Ein sehr beunruhigendes Moment bildete bei den Vorbereitungen des Bau- und Baustolligewerbes für die neue Bausaison vor allem der Umstand, daß niemand wußte, ob und in welcher Form Finanzmittel für den Wohnungsbau aus dem Hauszinssteuereinkommen über den 31. März hinaus zur Verfügung stehen würden, da an diesem Tage das Haus- und Mietzinssteuergesetz seine Gültigkeit verlor. Bis zu diesem Termin waren aber die Mittel aus dem Bauetatjahr 1927 längst vergriffen. So verstrichen die ersten drei Monate, ohne daß von Seite der verantwortlichen Regierungsstellen im Reich und in den Ländern Klarheit über die Finanzierungsdurchführung des Wohnungsbauprogramms 1928 geschaffen wurde. Erst kurz vor Beginn der Bausaison erschienen auf Grund der Verlängerung des Haus- und Mietzinssteuergesetzes um ein weiteres Jahr die erforderlichen Verordnungen über die Vergebung von Bauzuschüssen aus dem Hauszinssteuereinkommen und gleichzeitig leitete der Reichstag durch die Bereitstellung eines Fonds von 200 Mill. RM. eine Zwischenkreditaktion zur vorläufigen Ermöglichung der Baufinanzierung ein. Diese letztere Maßnahme verpflachte jedoch zum Teil wirkungslos, da derartige Zwischenkredite nur beim einwandfreien Nachweis der späteren Abdeckungsmöglichkeit durch langfristigen Hypothekenkredit gewährt wurde, was in der Praxis auf Schwierigkeiten stieß. Das Ingangkommen der Bautätigkeit wurde durch diese Unschlüssigkeit und Verschleppungspolitik der Behörden natürlich



Industrieschule Chemnitz, Blick nach der Anzenstraße

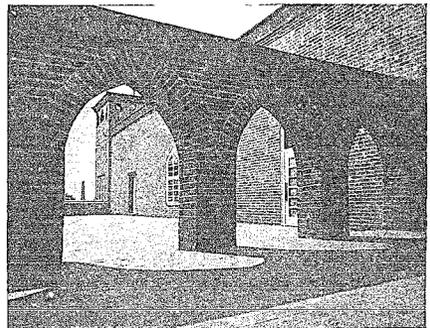


Industrieschule Chemnitz, Freitreppe am Ostpreppenhaus

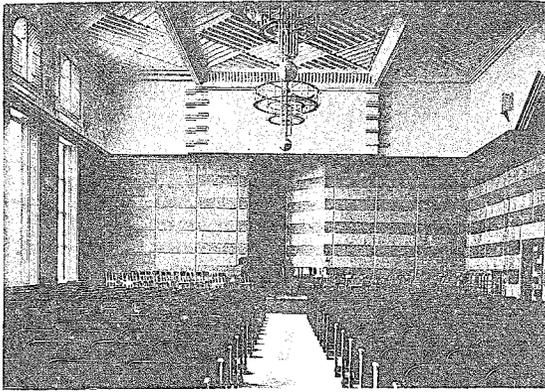
sehr verzögert, zumal in verschiedenen Ländern neuenswertere Hauszinssteuerbeträge zum großen Teil erst im Mai und Juni in Verkehr gesetzt wurden. Die Bautätigkeit beschränkte sich in der Hauptsache auf die Inangriffnahme von kommunalen Bauvorhaben, sowie auf die Erstellung von Genossenschaftshäusern und ähnlichen Gemeinschaftsbauten. Die private Bauintiative war dagegen sehr gering, da der im Frühjahr geforderte Realkreditzinssatz von durchschnittlich 10,3 bis 10,5 Prozent Brutto für erstellende Hypotheken und von 13,5 bis 14 Prozent für zweitstelliges Beleihungsgeld den Baulustigen begreiflicherweise nur wenig Anreiz bot. Nach der offiziellen Wohnungsbaustatistik wurden in 94 berichtenden Groß- und Mittelstädten im ersten Vierteljahr 1928 insgesamt 26 437 Wohnungen fertiggestellt, wovon 58 Prozent mit 4 bis 6 Wohnräumen und 38,3 Prozent mit 1 bis 3 Wohnräumen ausgestattet waren. Gegenüber der gleichen Berichtszeit des Vorjahres, in der 17 642 Wohnungen errichtet wurden, war die Wohnungsbautätigkeit somit um etwa 33 Prozent geringer als im ersten Quartal 1928. Von der Gesamtheit dieser Bauten wurden bemerkenswerterweise im Jahre 1928 90,1 Prozent aus öffentlichen Mitteln mit Bauzuschüssen unterstützt. Ähnlich liegen die Verhältnisse im ersten Halbjahr 1928, in dem 18 Prozent mehr Wohngebäude und 27 Prozent mehr Wohnungen als im ersten Halbjahr 1927 fertiggestellt wurden. Nach den Ermittlungen des Statistischen Reichsamtes stellte sich die Gesamtzahl der Wohngebäude an diesem Stichtag in den berichtenden 94 Groß- und Mittelstädten auf 12 870 und die der erstellten Wohnungen auf 53 377. Der Anteil der mit Unterstützung aus öffentlichen Mitteln errichteten Wohnungen betrug 86,6 Prozent. Bei der Wertung dieser Zahlen darf allerdings nicht übersehen werden, daß hierin auch die aus dem Vorjahresbauprogramm zur restlichen Fertigstellung übernommenen Wohnungsbauten enthalten sind. Der tatsächliche Neuzugang an Wohnungsneubauten aus dem Bauprogramm 1928 war jedoch infolge der Verzögerung des eigentlichen Baubeginns und der durch Finanzierungsschwierigkeiten bedingten Nichtfinanzierung zahlreicher formell genehmigter Bauvorhaben wesentlich geringer. Dies geht daraus hervor, daß der tatsächliche Neuzugang von Wohnungsbauten aus dem Bauprogramm 1928 im ersten Halbjahr hinter dem Ergebnis des Vorjahres um rund 20 Pro-

zent zurückblieb. Dagegen nahm die Zahl der Bauerlaubnisse für Wohnungen, die in den früheren Jahren bereits im Juni ihren Höhepunkt zu erreichen pflegte, in dem abgelaufenen Geschäftsjahr am stärksten während der Monate Juli und August zu und überschritt wesentlich die entsprechenden Vorjahresresultate. Angesichts der gegen die Jahresmitte zu in jeder Weise kritisch werdenden Baumarktsituation, zu der die Verknappung der Kapitalmarktverhältnisse den äußeren Anlaß gab, entschloß sich erfrühdlicherweise der Reichstag im Juni zur Genehmigung der Aufnahme einer Wohnungsbau-Auslandsanleihe im Betrag von 105 Millionen RM, deren Auswertung durch die Hypothekenbanken und Realkreditinstitute die Wohnungsbautätigkeit in der zweiten Jahreshälfte wesentlich fördern half. Durch das verspätete Herauskommen zahlreicher kommunaler Wohnungsbauprogramme erfuhr die Lage auf dem Wohnungsbauarkt im dritten und vierten Quartal 1928 eine erfreuliche Wendung zum Besseren. Nach den Zählungsergebnissen der Wohnungsbaustatistik war die Wohnungsbautätigkeit im dritten Vierteljahr 1928 erheblich reger als im vorangegangenen Quartal bzw. als in den Monaten Juli bis September 1927. Es wurden 28 Prozent mehr Bauerlaubnisse für Wohnungen als im zweiten Vierteljahr erteilt, 15 Prozent mehr Wohnungen begonnen und 14 Prozent mehr Wohnungen fertiggestellt als im Vorquartal. Die entsprechende Zeit des Vorjahres wurde bei den Bauerlaubnissen um 8 Prozent und bei den Baufertigstellungen um 15 Prozent übertroffen. In den ersten drei Vierteljahren zusammen wurden in den 94 berichtenden Groß- und Mittelstädten Baugenehmigungen für 81 920 Wohnungen erteilt und 82 350 Wohnungen fertiggestellt; demgegenüber stellen sich die Vergleichsziffern des Vorjahres auf 87 876 bzw. 67 186. Dieses Ergebnis, das wertvolle Schlüsse für die Entwicklung der gesamten Wohnungsbautätigkeit im Jahre 1928 zuläßt, zeigt, daß die Wohnungsbautätigkeit in den ersten drei Vierteljahren 1928 rechnerisch somit um rund 23 Prozent höher war als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Da auch das letzte Quartal 1928 eine erhebliche Zahl von Baubeginnen und Baufertigstellungen brachte, dürfte das Gesamtbanergebnis des Jahres 1927, das einen effektiven Neuzugang von rund 290 000 Baufertigstellungen zeitigte, annähernd auch im Barjahr 1928 erreicht werden. Da die abschließenden Ziffern noch längere Zeit auf sich warten lassen, kann ein endgültiges Zahlenbild im Augenblick natürlich noch nicht gegeben werden.

In finanztechnischer Hinsicht lassen sich die Mittelanforderungen für die Durchführung des Wohnungsbauprogramms im Jahre 1928 auf rund 3,5 Milliarden RM, gegenüber 3,2 Milliarden RM. im Jahre 1927 und 2,4 Milliarden RM. im Jahre 1926 veranschlagen. Die Erhöhung der aufgewendeten Mittel um rund 300 Millionen RM. ist dabei im wesentlichen auf die im Jahre 1928 eingetretene weitere Steigerung der Baukosten zurückzuführen. Nach den Ermittlungen des Reichsarbeitsministeriums wurden im Jahre 1927 zur Deckung des vorhandenen Wohnungsban-Finanzierungsbedarfes von 3,2 Milliarden RM. 850 Millionen RM. Hauszinssteuermittel, 425 Millionen RM. öffentliche Anleihen und Darlehen, 120 Millionen RM. Haus-



Industrieschule Chemnitz, Freitreppe im 3. Obergeschos

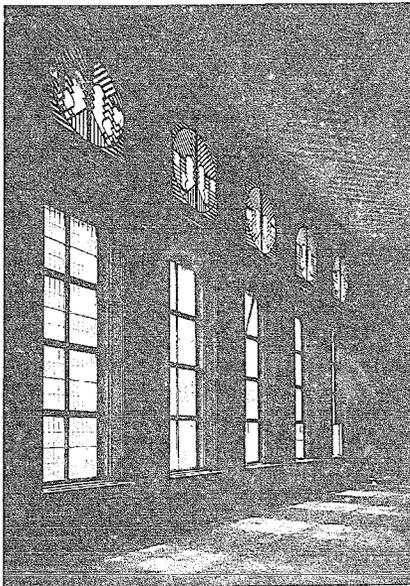


Industrialschule Chemnitz, Saal

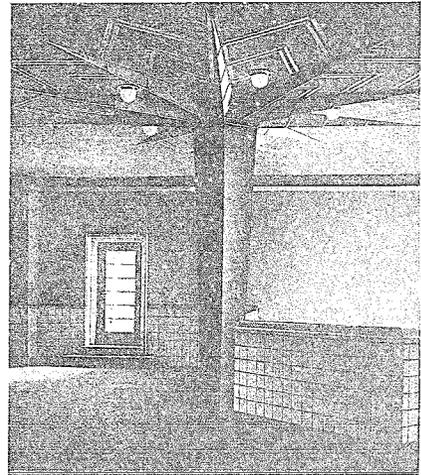
Haltsmittel, 270 Millionen RM. Darlehen der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute, 600 Millionen RM. Sparkassenmittel, 113,6 Millionen RM. Darlehen der Reichsversicherungsanstalt und der Landesversicherungsanstalten, 210 Millionen RM. Darlehen der Hypothekenbanken und 611,4 Millionen RM. Eigenmittel der Bauherren verwendet. Demgegenüber wurden dem Wohnungsbau im Jahre 1928 nach den Schätzungen von Fachseite bis zum Jahresende rund 3,3 Milliarden RM. zugeführt, wovon rund 890 Millionen RM. auf Hauszinssteuermittel, 300 Millionen RM. auf öffentliche Anleihen und Darlehen, 120 Millionen RM. auf Haushaltsmittel, 350 Millionen RM. auf Darlehen der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute, 700 Millionen RM. auf Sparkassenmittel, 100 Millionen RM. auf Darlehen der Reichsversicherungsanstalt und Landesversicherungsanstalten,

250 Millionen RM. auf Hypothekenbank-Darlehen und rund 600 Millionen RM. auf Eigenmittel der Bauherren entfielen.

Bei der Belegung des Wohnungsbaumarcktes in der zweiten Jahreshälfte spielte eine große Rolle, daß die Bautätigkeit durch das Herauskommen zahlreicher Bauprogramme in den Groß- und Mittelstädten eine fühlbare Ankurbelung erfuhr. Dabei brachte diese Banzunahme nicht nur den leistungsstarken Großbaufirmen, sondern auch den mittleren und kleineren Bauunternehmungen einen verhältnismäßig günstigen Beschäftigungsstand. Während der Beschäftigungsgrad im Baugewerbe sich nach den Ermittlungen der Gewerkestatistik zu Anfang des Jahres indexmäßig noch auf 62,4 stellte, erhöhte sich derselbe im April auf 85,8, im August auf 93,2 und im September auf 95,4, um in den Herbstmonaten allerdings wieder die saisongemäße Abschwächung zu erfahren. Da die Wohnungsbautätigkeit in der ersten Jahreshälfte infolge der herrschenden Finanzierungsnot nur schwer in Gang kam, rückten in dieser Zeit verschiedene von der amerikanischen Baufirma Chapman & Co., New York, an die Städte Berlin, Breslau und München gemachte Angebote in den Brennpunkt des öffentlichen Interesses.



Industrialschule Chemnitz, Saal, Frestersseite



Industrialschule Chemnitz, funckiges Treppenhaus

Erfreulicherweise konnte das Eindringen dieser Auslandsgesellschaft in den deutschen Baumarkt infolge des geschlossenen Auftretens der heimischen Bauunternehmensschaft jedoch abgewehrt werden, da ein Überschuß der Finanzierungsangebote ergab, daß diese gegenüber den von deutscher Seite gemachten Vorschlägen keinerlei Vorteile boten.

Am Grundstücksmarkt stand die Geschäftsentwicklung im Jahre 1928 im Zeichen einer sehr uneinheitlichen Entwicklung, da einem teilweise großen Angebot nicht immer eine genügende Nachfrage gegenüberstand. Erst um die Jahresmitte setzte nach nahezu zwölfmonatlicher Geschäftsstille in den Städten und vor allem in den Großstädten eine erhöhte Nachfrage ein. Wenn auch für sog. „Zweckhäuser“, d. h. Häuser in erstklassiger großstädtischer Geschäftslage, stets ein gewisses Kaufinteresse vorlag, wobei für derartige Objekte auch gute Preise in den Grenzen der zwölf- bis achtzehnfachen Friedensmiete gezahlt wurden, so war die Nachfrage nach Zinshäusern doch nur gering. Während zu Anfang des Jahres 1927 für gute Zinshausobjekte in Großstädte noch ein Kaufpreis im Betrag der acht- bis zehnfachen Friedensmiete bezahlt wurde, sanken die Preise im Laufe des Jahres 1928 durchschnittlich auf das sechs- bis sechseinhalbfache der Friedensmiete.

Nicht ganz zufriedenstellend gestaltete sich im Baujahr 1928 die Geschäftslage auf dem Industriebaumarkt, da die rückgängige Industriekonjunktur und die Verschmälerung der Kapitaldecke auf die Baumarktgestaltung lähmend einwirkte. Wenn auch in einzelnen Teilgebieten ein guter Beschäftigungsstand zu verzeichnen war, so muß die Gesamtsituation auf dem inländischen Industriebaumarkt gegenüber dem Vorjahr doch als sichtlich verschlechtert bezeichnet werden. Der Bautätigkeit im Inlande fehlten vor allem wirklich lohnende Großaufträge, die für mehrere Jahre Beschäftigung geben und deren Vorbereitungskosten in einem entsprechenden Verhältnis zum späteren Gewinn stehen. Zu dieser Entwicklung trug bei, daß infolge der schwachen Geschäftsentwicklung in verschiedenen Industriezweigen zahlreiche in der Hoffnung auf eine Besserung der Gesamtkonjunkturlage aufgestellten Baupläne für dieses Jahr zurückgestellt bzw. auf spätere bessere Zeiten verschoben wurden. Sehr unglücklich wurde die Entscheidung der Industrie zur Vergebung von Bauaufträgen insbesondere auch durch die im Laufe des Jahres 1928 in verschiedenen Produktionsgebieten eingetretenen Streiks und Aussparungen beeinflusst, wobei hier nur kurz die zu ersten Produktionsstörungen führenden Arbeitskonflikte in der Eisenerzeugungs- und Verarbeitungsindustrie, in der Textilindustrie, Holzindustrie usw. erwähnt seien. Einen das schlechte Inlandsgeschäft wettmachenden Ausgleich brachte den Großbaufirmen jedoch das Auslandsgeschäft, das im Jahre 1928, begünstigt durch die weitere Firmenkonzentration in der deutschen Großbauindustrie, in verschiedenen Ländern, darunter vor allem in der Türkei, in Persien, Griechenland, Rumänien und in Südamerika wesentlich erweitert werden konnte. Auch im Reparationsgeschäft mit Frankreich konnten eine Reihe deutscher Großbaufirmen recht beachtliche Neuaufträge hereinnehmen. Im Gegensatz zu dem gewinn technisch nur wenig lohnenden Inlandsgeschäft brachten die zur Durchführung gekommenen Auslandsaufträge den Großbauunternehmungen einen recht ansehnlichen Nutzen.

Hinsichtlich der Auftragsentwicklung in den einzelnen Arbeitsgebieten der deutschen Bauindustrie ist zu sagen, daß sich das Hochbaugeschäft für die Großbaufirmen in dem abgelaufenen Geschäftsjahr nur wenig befriedigend gestaltete, da die vorhandenen Finanzierungsschwierigkeiten die Betätigungsmöglichkeiten hier sehr stark einschränkten. Wesentlich günstiger gestaltete sich das Tiefbaugeschäft, da hier vor allem die Straßenbaufirmen einen recht zufriedenstellenden Auftragseingang zu verzeichnen hatten. In Eisenbahnbauten war der Geschäftsgang infolge der von der Reichsbahngesellschaft in verschärftem Umfang geübten Ausgabedrosselungspolitik gegenüber dem Vorjahr jedoch verschlechtert. Auch auf dem Gebiete der Schachtbauten blieb der Beschäftigungsstand hinter dem Vorjahr wesentlich zurück und die verhältnismäßig wenigen zur Vergebung kommenden Neuaufträge brachten den Unternehmungen kaum einen Gewinn. Von einem empfindlichen Beschäftigungsrückgang berichten nicht zuletzt auch die Baufirmen, die sich vornehmlich mit Erdbewegungsarbeiten im Braunkohlenbergbau beschäftigen, da die Bergbauergesellschaften in großem Umfang dazu übergegangen sind, die Abrumarbeiten in eigener Regie durchzuführen.

Hinsichtlich der Baukosten- und Lohnentwicklung brachte das Berichtsjahr 1928 dem Baugewerbe und der Bauindustrie verschiedene nicht gerade erfreuliche Überraschungen. Die Gestaltung der Baukosten wurde am stärksten durch die Lohnbewegung beeinflusst, die zu Anfang des Jahres zu schweren Tarifkämpfen führte und auch durch die zum März 1929 erfolgte Kündigung der geltenden Tarifabkommen für das neue Baujahr eine ernste Störung des Arbeitsfriedens erwarfen läßt. Zur Beilegung des Lohnkonfliktes im Frühjahr 1928 mußten sich die Arbeitgeberverbände des Bauhaupt- und -nebergewerbes zu einer durchschnittlich fünf- bis achtprozentigen Erhöhung der geltenden Lohnsätze in allen Tarifgebieten bereit erklären, wobei im Herbst eine weitere Tarif-erhöhung Platz griff. Daneben wurde der Arbeitsfrieden in einzelnen Bezirken auch noch durch besondere örtliche Tarifforderungen der Bauarbeiterschaft beeinträchtigt, wobei es verschiedentlich zu Streikerkörungen kam, die den Bauunternehmungen durch Arbeitsausfall teilweise empfindlichen Schaden brachten. Neben der Lohnfrage spielte bei der Steigerung des Baukostenniveaus auch die in dem Berichtsjahr ständig fortschreitende Erhöhung der Baumaterialkosten sowie der allgemeinen Betriebskosten, der Steuern, der Soziallasten und der Frachtkosten eine nicht unwesentliche Rolle. Am stärksten fühlbar wirkte sich aber ohne Zweifel die Erhöhung der Baustoffpreise aus, die vor allem auf dem Mauerstein- und Dachziegelmarkt, dem Batholzmarkt und dem Bauesenmarkt in Erscheinung trat. Eine schwere Belastung stellte kostentechnisch auch die am 7. Oktober 1928 in Kraft getretene elprozentige Frachtarifhöhung bei der Reichsbahn dar, da gerade das Baugewerbe bei dem relativ hohen Gewicht der zur Verwendung kommenden Materialien hiervon besonders schwer betroffen wurde. Die Preisentwicklung war unter diesen Verhältnissen auf dem Baumarkt nur wenig befriedigend, da eine gesunde Preisbildung sowohl bei Privateaufträgen wie auch bei Submissionen durch die herrschende scharfe Konkurrenz unmöglich gemacht wurde.

Auf Baustoffmarkt war die Geschäftslage im Jahre 1928 durch eine unter starken Saisonschwankungen leidende Absatzentwicklung gekennzeichnet. Die Verschiebung des Baubeginns im Frühjahr und die Zusammendrängung der Baustoffnachfrage auf einzelne Monate übte auf verschiedenen Teilmärkten eine preissteigernde Wirkung aus. Daneben wurde die Preisbewegung in der Baustoffindustrie in Übereinstimmung mit der vorerwähnten Entwicklung im Baugewerbe in hohem Maße durch die Frühjahrslohnbewegung und die Gütertarifierhöhung der Reichsbahn beeinflusst. Der Beschäftigungsstand, der zu Anfang des Jahres indexmäßig 81,9 betrug, erhöhte sich im Juli auf 91,4, um jedoch in der zweiten Jahreshälfte wieder stark abzusinken. Von der Geschäftsentwicklung auf den einzelnen Teilmärkten verdient hier Erwähnung, daß sich der Absatz von Mauersteinen, Klinkern und Dachziegeln im allgemeinen befriedigend anließ. Infolge der herrschenden Überproduktion ließ der Beschäftigungsstand in der zweiten Jahreshälfte hier jedoch sichtlich nach, da die Baumarktanforderungen im zweiten und dritten Quartal zum großen Teil aus Lagerverräten befriedigt werden konnten. Die Zusammenschubbewegung in der Ziegel- und Tonwarenindustrie hat durch die Gründung eines Reichsverbandes in dem Berichtsjahr bedeutende Fortschritte gemacht. In der Zementindustrie war der Gesamtabsatz im Jahre 1928 auf dem Inlandsmarkt im Vergleich zum Vorjahr rückgängig. Durch die Gründung zahlreicher Außenseiterwerke war die Zementindustrie in verschiedenen Gebieten zur Einführung von Kampfpreisen gezwungen, die die normale Geschäftsstellung schwer beeinträchtigten. Auch das Auslandsgeschäft brachte der deutschen Zementindustrie im Jahre 1928 durch die Inbetriebnahme zahlreicher Konkurrenzunternehmen im Ausland an verschiedenen Märkten schwere Einbußen. Als ein recht erfreulicher Fortschritt kam auf dem Gebiete des Zementwesens im abgelaufenen Arbeitsjahr aber die Einführung von exakten Normungsvorschriften gewertet werden, die den deutschen Zementherzeugnissen gegenüber den ausländischen Konkurrenzfabrikaten durch die genaue Qualitätsfeststellung einen gewissen Vorsprung sichern dürften. Durch mehrere in dem Berichtsjahr vorgenommene Voll- und Teillösungen hat der Konzentrationsprozeß in der deutschen Zementindustrie gleichfalls Fortschritte gemacht. Ähnlich gestalteten sich auch die Geschäftsverhältnisse in den übrigen Produktionszweigen der Baustoffindustrie. Die im Jahre 1928 in Leipzig und Frankfurt a. M. abgehaltenen Baumessen standen sowohl hinsichtlich der Besichtigung durch die

Baummaschinen- und Baustoffindustrie wie auch hinsichtlich des Besuches im Zeichen eines erfreulichen Aufschwunges. Durch die im Gang befindliche Erweiterung der Ausstellungsbauten in Leipzig wird die Leipziger Frühjahrs-Baummesse 1929 mit der Gewinnung einer bebauten Ausstellungsfläche von 9300 am und rund 6000 am Freigelände gegenüber dem bisherigen Umfang bemerkenswerterweise um das Dreifache vergrößert.

Unter dem Druck der Wirtschaftsverhältnisse ist die Rationalisierung der Herstellungsmethoden und Arbeitsvorgänge in deutschen Bau- und Baustoffgewerbe im Jahre 1928 in recht beachtlicher Weise weiter ausgebaut worden, wenn es auch verständlicherweise den kleineren Betrieben nur in bezugtem Umfang möglich war, mit den in den Großbetrieben vorgenommenen technischen Verbesserungen Schritt zu halten. Neben den Normungsarbeiten des Ausschusses für wirtschaftliche Fertigung müssen hier besonders auch die vorbildlichen Arbeiten der Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen, sowie eine Reihe anderer Fachausschüsse angeführt werden.

Auf gewerbepolitischem Gebiet brachte das Jahr 1928 die Schaffung einer Reihe bedeutsamer Gesetzentwürfe, von denen hier nur kurz das Steuervereinfachungsgesetz, das Berufsausbildungsgesetz und die Handwerksnovelle genannt seien. Die bereits im Vorjahr zur Einführung gekommene Reichsverdingungsordnung für Bauleistungen ist im Jahre 1928 auch von einer Reihe weiterer Länder und Kommunalbehörden anerkannt worden.

Nicht zuletzt bilden in repräsentativer Hinsicht neben einer großen Zahl von Fachtagungen die Ausstellungen „Die technische Stadt“, Dresden, „Heim und Technik“, München, und die „Gartensiedlung“ in Berlin bemerkenswerte Ereignisse des Jahres 1928. Nach diesem Ueberblick über das im Jahre 1928 Erreichte und Geschaffene sei anschließend noch mit einigen Worten auf die Baumarktaussichten im Jahre 1929 eingegangen. Für die weitere Baumarktgestaltung ist vor allem die Frage von ausschlaggebender Bedeutung, ob einerseits die Möglichkeit zu einer Erweiterung und

geordneten Finanzierung des Wohnungsbauprogramms 1929 gegeben ist und ob andererseits die seit Anfang 1928 rückläufige Konjunkturlage sich weiter fortsetzt.

Zu der ersten Frage ist zu sagen daß, von allen in Frage kommenden Regierungen und Wirtschaftsstellen zur energischen Bekämpfung der Wohnungsnot für das Jahr 1929 wohl die Errichtung von mindestens 300 000 Wohnungen wie im Vorjahr angestrebt wird, daß aber die Frage der Finanzierungsmöglichkeit dieses Bauprogramms gegenwärtig noch völlig in der Luft hängt. Die Situation ist augenblicklich die, daß das Hauszins- und Mietzinssteuergesetz, aus dessen Aufkommen das Wohnungsbauprogramm 1929 im wesentlichen finanziert werden soll, mit dem 1. April 1929 außer Kraft tritt. An dessen Stelle sollte ursprünglich das neue Gebäudeunterstützungsgesetz treten, aber dieses hat bei der Verabschiedung durch den Reichsrat die bei der vorliegenden Verfassungsänderung notwendige qualifizierte Mehrheit nicht gefunden. Wenn die Reichsregierung das Gesetz auch trotzdem dem Reichstag vorlegen will, so ist mit dessen Annahme jedoch in absehbarer Zeit nicht zu rechnen. Im Augenblick weiß somit weder die Regierung noch sonst jemand, was werden soll. Es ist klar, daß diese Unsicherheit die Vorbereitungen des Bauhand- und -nebergewerbes für die neue Bauzeit zum großen Teil lähmt. Wenn die an der Entwicklung des Wohnungsbaumes interessierten Bauwirtschaftsverbände daher nicht bald energische Schritte zur Klärung der Lage einleiten, so wird sich ohne Zweifel das höchst unerfreuliche Verzögerungsspiel des Vorjahres in verschimmelter Auflage wiederholen.

Nicht minder schwierig ist im gegenwärtigen Zeitpunkt die zweite Frage zu beantworten, da es eine absolut zuverlässige Methode für die Beurteilung der künftigen Konjunkturlage nicht gibt. Nach den allgemeinen Erfahrungsnormen läßt sich lediglich sagen, daß der Konjunkturpunkt noch nicht überschritten zu sein scheint, so daß die Bauindustrie zunächst mit einer Fortdauer der derzeitigen abgeschwächten Konjunkturlage in den als Auftraggeber in Frage kommenden inländischen Industriezweigen rechnen muß.

Wirtschaftliche Bauweise

Vor mir liegt ein Werk des Architekten Professor W. Bünig: Bauanatomie, Handwirklich-technische Grundlagen des Wohnbaues als Einführung in die Baukunst, das vor kurzem im Verlag der Deutschen Bauzeitung erschien und vom Ministerialrat in Preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe, Professor Peters mit einer Einführung versehen ist. Nach dieser soll es dem Anfänger im Bauen den Ueberblick über die Eingliederung der Einzelheiten ins Ganze, aber auch dem erfahrenen Praktiker wertvolle Anleitung bieten. Also eine Art offiziöser Baulehre. Diese unterscheidet zunächst zwischen Massiv- und Ständerbau. Der Erste sei für den Steinbau maßgebend und entwickelte den richtig hergestellten Ziegelbau die besten Eigenschaften, was hinsichtlich der Anforderungen an die Umfassungsmauern im Einzelnen dargelegt wird. Der Betonbau wird zwar auch besprochen, jedoch bei diesem auch auf seine Nachteile hingewiesen. Es wird ihm nicht gleiche Bedeutung zugeschrieben als dem Backsteinbau. Die mindestens 50 neu erfundenen Bauweisen werden nicht erwähnt. Trotzdem scheint mir das Buch dem Zwecke, dem es dienen will, durchaus zu entsprechen.

Ein anderes Heft liegt vor: „Von wirtschaftlichen Bauten“ (Dresden Oskar Lanbe), das Rudolf Stegeman im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliches Bauen E. V. und des Reichsverbandes der Wohnungsfürsorge herausgab. Es beschäftigt sich mit der Frage, welche Decken- und Ständerbau die sachlich beste sei. Hat Bünig das flache Dach nur ganz nebensächlich behandelt, so geht Stegeman auf diese Sache nicht ein. Wohl aber gibt dieser eingehende wissenschaftliche Untersuchungen wieder, in denen 21 Bauweisen besprochen werden. Ich sehe daraus zunächst eines: Die altübliche Deckenanlage durch Holzbalken-Stäkung und Auffüllung zwischen diesen, eine Schalung und Putzbeurw über Rohr darunter, oben Dielen mit Linoleumbelag ist mit 17,75 RM. für den Quadratmeter die billigste unter allen untersuchten, zumal wenn man von Linoleum absieht, das mit 4,85 RM. abzuziehen wäre, da es ja viele Tausende alte Häuser gibt, die die Bewohner vollan befriedigen, ohne daß Linoleum eingeführt ist.

Die Einwürfe gegen die alte Bauweise sind folgende: Erstens ist das zur Verwendung stehende Holz nicht mehr so gut wie in der Vorkriegszeit, da die Forstwirtschaft zu kürzerer Schlagzeit des Baumbestandes übergegangen und die Holzeinfuhr nicht mehr die gleiche ist wie früher. Darin schafft vielleicht der neue Handelsvertrag mit Polen den erwünschten Wandel. Zweitens wird eingewendet, daß bei Dachbränden das Untergeschoß vielfach auch mit beschädigt wird und sei es auch nur durch die eingeführte Wassermenge beim Löschen. Daß im Zeitalter der Elektrizität die Brandgefahr im Dachgeschoß sich verringert hat, sei dabei erwähnt. Ein Fachblatt, das sich für besonders modern hält, hat unlängst eine Anzahl Zeitungsausschnitte veröffentlicht, in denen von Dachbränden die Rede ist. Mir scheint es richtiger gewesen, stattdessen nachzuweisen, wieviel Dächer sich noch in Deutschland befinden und wie viele im Jahre dem Brande erlagen. Das würde mir wissenschaftlicher erscheinen. Man tut nicht Recht die Welt in Schrecken zu versetzen, in dem man anzählt wieviel Menschen im Jahr sterben und nicht zugleich angeben wird, wie viele leben blieben und älter wurden.

In sich ihrer Modernität erfreuenden Fachblättern sehe ich jetzt oft bildliche Darstellungen von Ortschaften mit flachem Dach. Sie stammen aus Mesopotamien, Palästina und Ägypten, also aus Ländern, in denen das Klima diese Bauweise gestattet und sie dort seit Jahrtausenden üblich ist, und sich als praktisch erwiesen hat. Stimmt diese Annäherung an Altes, an den Stil jener längst überwundenen Zeit mit dem Grundsatz der Modernität überein? Mir will eben scheinen, daß wir ein gutes Recht haben, die bei uns in Deutschland und in allen Ländern mit verwandtem Klima die seit Jahrhunderten bewährte Dachform beizubehalten — zumal tatsächlich sachliche Untersuchung sie die für uns bessere anerkennt. Freilich ich habe vor mehr als 60 Jahren als Zimmermann zünftig gelernt, bin also noch an das Alte geistig gebunden und halte es auch heute noch für richtig. Mich freut es, daß kundige Fachleute auch jetzt noch das bestätigen.

Cornelius Gurllitz

Verschiedenes

Das preußische Städtebaugesetz. Der preußische Wohlfahrtsminister hat kürzlich mit den wichtigsten in Frage kommenden Fachverbänden eine Beratung über den preußischen Städtebau-Gesetzentwurf veranstaltet. Beteiligt waren: Bund Deutscher Architekten, Verband Deutscher Architekten, und Ingenieurvereine, Akademie des Bauwesens, Freie Deutsche Akademie des Städtebaues und andere. Festgestellt wurde, daß eine Erweiterung des heutigen Rechtes notwendig und daher ein preußisches Städtebaugesetz erforderlich sei. Vor allem wurde darauf hingewiesen, daß eine zwischengemeindliche Aufstellung von Bebauungsplänen notwendig sei und ein Zwang für die Gemeinden gegeben sein müsse, die sich dieser Notwendigkeit entziehen. Den Verbänden wurde ermöglicht, noch weitere Wünsche beim Ministerium einzureichen. Der Entwurf wird nun unmittelbar dem Staatsrat und Landtag vorgelegt werden.

Beendigung der Wohnungsnot im Jahre 1935. Der Hauptausschuß des Preussischen Landtages beendete letzter Tage die Vorberatung des Haushalts des Wohlfahrtsministeriums mit dem letzten Abschnitt, der sich mit dem Wohnungs- und Siedlungswesen befaßt. Zu Beginn der Aussprache gab Staatssekretär Scheidt einen Überblick über die Entwicklung der Neubautätigkeit der letzten Jahre und wies darauf hin, daß im Jahre 1927 insgesamt 190 700 Wohnungen geschaffen worden seien. Es seien also 50 000 Wohnungen mehr, als im Jahre 1926 geschaffen worden. Im Jahre 1928 habe der Mehrzuwachs gegenüber 1927 6500 Wohnungen betragen. Es könne damit gerechnet werden, daß in Preußen im Jahre 1935 die Wohnungsnot behoben sei. Man würde dann an die Sanierung der schlechten Wohnungen herangehen können.

Ein weiteres Jahr Hauszinssteuer. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Finanzminister dem Staatsrat einen Entwurf über die Verlängerung der Geltungsdauer der Hauszinssteuerverordnung zugehen lassen. Danach soll die Hauszinssteuer auf Grundlage des geltenden Gesetzes noch ein weiteres Jahr bis zum 31. März 1930 erhoben werden.

Wettbewerb

Frankfurt a. Main. Der Unterausschuß der Evangelischen Landeskirchenverwaltung für die Errichtung eines evangelischen Volkshauses zu Frankfurt a. Main schreibt unter den nur selbständigen evangelischen Architekten Deutschlands einen Ideen-Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Neubau eines evgl. Volkshauses in Frankfurt a. Main an der Zell, Starke Straße und Heiligkreuzgasse aus. Einlieferungstermin der 15. April 1929, 18 Uhr, auf dem Baubüro der evgl. luth. Synode Frankfurt a. Main, Brentanstraße 21, I., Zimmer 24. Die Unterlagen können gegen Zahlung von 10,— RM. vom ausschreibenden Unterausschuß bezogen werden. An Preisen sind vorgesehen: 1. Preis 6000 RM., 2. Preis 5000 RM., 3. Preis 4000 RM., 4. Preis 3000 RM., 5. Preis 2000 RM., 6. Preis 1000 RM. Im Preisgericht die Herren: Prof. Barthling, Berlin; Prof. Bonatz, Stuttgart; Prof. Bornemann, Frankfurt a. Main; Stadtbauinspektor Prof. Eisasser, Frankfurt a. Main; Stadtrat May, Frankfurt a. Main; Magistratsbaurat i. R. Wilde, Frankfurt a. Main; Fabrikant Nagel, Piarre Pauly und Präsident Schulz, sämtlich in Frankfurt a. Main.

Wettbewerbeswesen

Oppeln OS. Die Leitung der Schlessischen Ausstellung für Theaterkunde in Oppeln, welche, wie bereits berichtet, im Mai 1929 stattfindet, beabsichtigt einen Ideen-Wettbewerb auszuschreiben, der aus weiteren Kreisen Anregungen vermitteln soll.

Jubiläen

Bad Salzung. Hier beging der Zimmermeister Herr Gottlieb Morgenweck des 25jährigen Geschäftsjubiläum.

Breslau. Am 1. Februar feierte der technische Leiter der bestbekanntesten Installationsfirma Adolf Stephan in Breslau, Herr Ing. Pohle, das seltene Fest seiner 50jährigen Tätigkeit bei dieser Firma. Möge er noch manches Jahr zum Besten der Firma und der Allgemeinheit tätig sein, in Gesundheit und Frische wie bisher.

Halle. Am 31. Dezember 1928 beging Herr Walther Beyer bei der Firma H. M. Schmidt & Weber, Farben- und Kittfabrik, sein 30jähriges Mittalhaber-Jubiläum.

Königsberg Pr. Die bekannte Eisenbetonbaufirma P. W. u. H. Foerster beging Mitte Januar die Feier ihres 25jährigen Bestehens, deren Stammhaus im Jahre 1904 von dem noch jetzt tätigen Chef, Herrn Friedrich Wilhelm Foerster, in Kiel gegründet wurde.

Pillkallen Ostpr. Herr Maurer- und Zimmermeister Kalcher beging Mitte Januar das Jubiläum seiner 25jährigen Zugehörigkeit zum Stadtverordnetenkollegium. Das Schützenhaus und das Elektrizitätswerk verdanken seiner energischen Mithilfe ihr Entstehen. Auf seine weitere Unterstützung hofft seine Vaterstadt in all ihren Plänen.

Personliches

Königsee Thür. Baubersekretär Röser in Königsee wurde zum Bauinspektor befördert.

Index

Bauindex	Baustoffindex
1913 = 100	1913 = 100
27. 12. 28 = 171,7	9. 1. 29 = 157,1
9. 1. 29 = 171,8	16. 1. 29 = 156,8
23. 1. 29 = 171,8	23. 1. 29 = 156,7

Todesfälle

Berlin. Im Alter von 31 Jahren verstarb Herr Bankier Alfred Jarislowsky, dessen Hauptverdienst die Zusammenfassung der schlesischen Zementindustrie ist, bei deren Verbänden er auch Aufsichtsratsmitglied war.

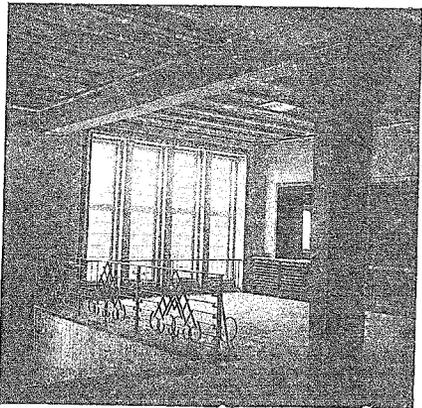
Groitzkau. Im 51. Lebensjahre verstarb Herr Sägewerksbesitzer Paul Neumann.

Königsberg Pr. Am 25. Januar d. J. entschlief der Regierungs- und Baurat i. R. Herr Max von Norman.

Tammendorf, Kr. Crossen. Im 53. Lebensjahre verstarb Herr Direktor und Ziegeleibesitzer Karl Hermann Nebe.

Zeitschriftenschau

Reichsarbeitsblatt. Herausgegeben von Reichsarbeitsministerium Berlin NW 40, Scharnhorststraße 35. Verlags von Reimar Hobbing, Berlin SW 61, Großbeerenstraße 17, Nr. 3. Aus dem Inhalt: Der Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes. Die Industriearbeiter. Die Durchführung des englischen Lohnminderungs-gesetzes im Jahre 1927. Statistische Nachweisungen usw.



Industriehschule Chemnitz, Saalvorraum

Schriftleitung: Architekt BDA Kurt Lauger und Dr.-Ing. Laugengebäude in Breslau und Baurat Hans Büthgen in Leipzig
Verlag: Paul Steinko, in Breslau und Leipzig.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr. Allen Zusendungen an die Schriftleitung bitten wir Rückporto beizufügen.

Inhalt:

Der Neubau der Chemnitz Industriehschule, dazu Abbildungen. — Die deutsche Bauwirtschaft an der Jahreswende 1928/29. — Wirtschaftliche, Bauweise. — Verschiedenes.